

Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung am 30.April 2022

Nein zum Krieg! Nein zur Hochrüstung!

Die LINKE Erfurt verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine. Durch Krieg werden niemals Probleme gelöst, sondern nur verschärft. Diesem Krieg, der so viel Leiden verursacht, begegnen wir mit unserer schärfsten Kritik. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und den Rückzug der russischen Truppen hinter die völkerrechtlich bestehende ukrainisch-russische Grenze.

Der betroffenen Zivilbevölkerung gehört unsere Unterstützung. Wir wollen, dass die betroffene Zivilbevölkerung von Deutschland humanitär unterstützt wird. Außerdem werden wir dazu beitragen, dass die Menschen, die flüchten müssen, hier bei uns gut aufgenommen werden, dass sie untergebracht und versorgt werden und an Bildung teilnehmen können. Dabei setzen wir uns für gleiche Rechte für alle Geflüchteten ein.

Gleichzeitig verkennen wir nicht, dass die seit Jahren gegen russische Sicherheitsinteressen gerichtete Politik der USA und der NATO in Form der Osterweiterung der NATO, Aufrüstung von NATO-Staaten und Provokationen wie militärische Manöver in der Nähe der russischen Grenze zu den Ursachen für ein aggressives Gebaren Russlands gehören. Diese Feststellungen rechtfertigen in keiner Weise den Angriffskrieg auf die Ukraine, aber sie weisen die Richtung für eine Lösungsfindung.

Außerdem erkennen wir, dass dieser Krieg nicht von allen Russinnen und Russen unterstützt wird. Unsere Solidarität gilt allen, die trotz vieler Repressalien für den Frieden eintreten und sich der Kraft der Kriegsmaschine widersetzen oder entziehen. Wir unterstützen die Aufnahme und das Asyl von Deserteuren, Befehls- und Kriegsdienstverweigerern.

Wir verurteilen eine allgemeine Stigmatisierung von Russinnen und Russen und halten die Aufrechterhaltung kultureller und menschlicher Verbindungen gerade in der jetzigen Situation für wichtig.

Für eine Vermeidung weiterer, für ganz Europa gefährlicher Eskalationen, die Herstellung von Frieden und die Rückkehr zu einer stabileren sicherheitspolitischen Situation fordern wir:

1. den sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine!
2. den Rückzug der russischen Truppen hinter die völkerrechtlich bestehende ukrainisch-russische Grenze!
3. die Durchführung einer Konferenz über Sicherheit in Osteuropa, die Verhandlungslösungen findet, die die gegenseitigen Sicherheitsinteressen berücksichtigt!
4. Keine Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete! Wir wollen zivile Konfliktbearbeitung erreichen. Die für zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellten Mittel müssen erhöht werden. International bereits bewährte Elemente, wie unbewaffnetes ziviles Peace-Keeping müssen angewandt und gefördert werden.
5. Die Milliarden, die für diesen und andere Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Diese benötigen kein Militär, sondern ausgebildete HelferInnen, ÄrztInnen, TechnikerInnen und WissenschaftlerInnen.

Wir stellen fest, dass eine große Mehrheit in unserer Gesellschaft große Empathie und Hilfsbereitschaft für die vom Krieg Betroffenen aufbringt und danken allen Engagierten, die den Flüchtenden und Geflüchteten helfen.

Wir verurteilen jedoch scharf, dass die Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP mit Unterstützung der CDU und unter dem Beifall der AFD diese Situation nun nutzt, um schon lange bestehende Pläne für eine historische Aufrüstungspolitik und den Umbau der Bundeswehr in eine internationale Interventionsarmee in die Tat umzusetzen. Bereits jetzt geben die NATO-Länder 15mal mehr Geld für Rüstung aus als Russland. Noch mehr Rüstung ist absurd! Wir wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze beenden und keine neuen beginnen. Der Rüstungsetat muss sinken.

Anstelle von Maximalprofiten für Rüstungsunternehmen bracht der Frieden in der Welt Diplomatie und gegenseitig bindende Verträge zur Abrüstung.

Keine Verdreifachung der Rüstungsausgaben in Deutschland! Keinen Zwang zur Aufrüstung in die Verfassung!